

Kuczynski: So war es wirklich. Ein Rückblick auf zwanzig Jahre Bundesrepublik. Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin 1969, 295 S., 5 Mark. Wenn wir von der Wiedervereinigung reden, meinen wir doch alle nichts anderes als die Liquidation des derzeitigen Regimes in der Besatzungszone...

Die Vorgeschichte des 20. September wird nicht auf die Einleitung beschränkt, sondern in zwei von insgesamt sechs Kapiteln („Als wir neu beginnen wollten - 1945 bis 1947“ und „Spaltung und Restauration - 1948 bis 1949“), die ein Viertel des Buches ausmachen, untersucht. Dabei geht K. auf die Pläne der Siegermächte in bezug auf Deutschland, auf den epochalen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und das Potsdamer Abkommen, auf die Bestrebungen, die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu schaffen, auf die Volksentscheide in Sachsen und Hessen, auf die Politik der bürgerlichen Parteien sowie auf die Wege zur Spaltung Deutschlands, ihre Hintergründe und Hintermänner ein.

auf volksfeindlicher profitbringender Basis zu gelangen. Das dritte Kapitel („Ein Staat zeigt sein Gesicht - 1950“) zählt zu den stärksten des Buches. K. weist nach, daß bereits vor der Gründung der Bundesrepublik Politiker vom Schlage eines Konrad Adenauer mit den Westmächten über die Remilitarisierung verhandelten. Die Interessen des deutschen Monopolkapitals deckten sich weitgehend mit denen des Monopolkapitals der USA, Englands und Frankreichs, wobei natürlich auch eine Differenzierung zwischen den Westmächten erforderlich ist. In diesen Bestrebungen - das kann dokumentarisch nachgewiesen werden - bedienten sich westdeutsche Politiker selbst fauler Taschenspielertricks und der offensichtlichen Lüge (S. 88 f.). Die oft zwiespältige, aber oft auch eindeutige Haltung sozialdemokratischer Führer hat diese Po-

vergessen und nichts hinzu gelernt haben, daß sie der Friedensinitiative der UdSSR und der DDR das sture Beharren auf höchst gefährlichen Positionen entgegensetzten und daß sie durch Terror und Demagogie jeglichen Widerstand im Innern auszuschalten bestrebt waren. Eine solche Chance, die eigene Niederlage einzugestehen, den Status quo zu akzeptieren und den Weg des Friedens einzuschlagen, bot der sowjetische Friedensvertragentwurf vom 10. März 1952. Wenige Tage zuvor hatte Adenauer jedoch erklärt: „Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen gekommen.“ Da man annahm, das eines Tages zu sein, wurde diese Chance wie die folgenden bedenkenlos vertan. An derartigen Zäsuren zeigt K., der die

Es würde also proklamiert, daß es für unser Volk eine legitimierte Alternative zur freiheitlichen Demokratie gibt, die unter Umständen auch als Grundlage eines gesamtdeutschen Staates dienen kann. Das ist der wahre Grund, warum wir keinesfalls einen zweiten deutschen Staat legitimieren dürfen.“ (S. 278). Auch für diese Teile des Buches sind kritische Anmerkungen erforderlich, die jedoch oft ebenfalls aus der gebotenen Kürze resultieren. So bleibt der Alternativcharakter historischer Situationen zuweilen verborgen. Die Gestalt Adenauers tritt hin und wieder zu sehr in den Vordergrund und die Haltung der UdSSR und der Westmächte im Jahre 1952 müßte detaillierter erläutert werden. Die Einschätzung der studentischen Bewegung wirkt etwas vereinfacht. Diese Kritik tritt jedoch hinter der Anerkennung der großartigen Gesamtleistung zurück.

# Zuckt die Leiche noch zackiger? Oder: Eine Geschichte der versäumten Gelegenheiten

auch die folgenden bieten keine neuen Forschungsergebnisse, sondern sind als eine Aufbereitung der Ergebnisse der Geschichtswissenschaft der DDR für einen breiten Leserkreis gedacht. Die Notwendigkeit der gerafften Fassung komplizierter gesellschaftlicher Prozesse brachte manche Gefahren einer etwas einseitigen Sicht der Ereignisse und einer gewissen Verschiebung der Proportionen mit, denen K. mitunter unterliegen ist. Auch mußte vieles ungenannt bleiben, das zum besseren Verständnis hätte beitragen können. So hat es z. B. den Anschein, daß an der Spaltung Deutschlands der englische Imperialismus aktiver als über der USA beteiligt gewesen sei. Auch das Wahlergebnis vom 14. August 1949 bedarf einer näheren Erklärung. Da jedoch mit dem sechsten Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ eine ausführliche Interpretation des Zeitraumes von 1945 bis 1949 vorliegt, hat jeder die Möglichkeit, die Ausführungen von K. als Aufforderung zu intensiver Information anzusehen. (Das gilt in gleichem Maße für die folgenden Kapitel und achten Band behandelt wird). K. hebt nachdrücklich hervor, daß die deutschen Monopole sich mit derartiger Eifer für die Spaltung Deutschlands einsetzten, weil sie hofften, auf diesem Wege ein - und zwar möglichst bald - zur Einheit

litik zu großen Teilen erst ermöglicht. So betonte Carlo Schmid 1950, daß die „Sozialdemokraten nur dann für eine deutsche Mitwirkung an der Verteidigung Europas eintreten“ würden, „wenn sie sicher sein könnten, daß im Kriegsfall die zweite Schlacht bereits östlich der Weichsel in Polen ausgefochten würde.“ (S. 99) Die Remilitarisierung brachte die Renazifizierung mit sich. Bereits Ende 1949 konnte die sogenannte „Bruderschaft“, die von faschistischen Generälen und ehemaligen hohen Funktionären der NSDAP geführt wurde, sich zu organisieren beginnen. Ein wütender Antikommunismus - es sei daran erinnert, daß die Bundesregierung den Antrag auf Verbot der KPD schon am 22. November 1951 einreichte - diente der Diffamierung und Abwürgung jeglicher demokratischer Widerstandsbe-

ökonomische Entwicklung in Westdeutschland sorgfältig analysierte, den Weg der Bundesrepublik von ihrer Gründung über die Pariser Verträge und die Notstandsgesetzgebung bis zur Konzeption des Franz Josef Strauß und zur „Großen Koalition“. Der Kampf der DDR, der Kommunisten und der demokratischen Kräfte wird nicht nur gewürdigt, sondern es wird auch zu zeigen versucht, welche Erfolge diese Kräfte warum erzielen und warum sie andererseits ihre Ziele nicht erreichten. Die Kontinuität der Politik der Regierungen von Adenauer über Erhard bis Kiesinger drücke sich darin aus, „daß man die Leiche der Adenauerschen Politik elektrisch dynamisierte, so daß sie noch viel zackiger zuckte, als in jenen Zeiten, in denen sie noch verbrecherisch lebte.“ (S. 195) Das Verhältnis zum zweiten deutschen Staat war seit Anfang an eine Stunde der Wahrheit für alle Reden von Entspannung und Friedensbereitschaft. Es ist daher folgerichtig, daß K. an mehreren Stellen seines Buches darauf eingeht und die Modalitäten nachweist. Zu diesem Punkt hat K. aufschlußreiche Zitate ausgewählt. So liest es z. B. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 18. Januar 1968: „Wer immer die ‚DDR‘ legitimiert, räumt für ganz Deutschland die Möglichkeit eines anderen Weges ein...“

Ernst Engelberg schrieb einmal die bedeutungsvollen Sätze: „Das Nur-Wissenschaftlerum schränkt ebenso den wissenschaftlichen Erkenntnisbereich ein, wie ein untheoretischer Praktizismus die schöpferische Bewältigung der Aufgaben hemmt. Reiner Intellektualismus wird der Würde und Größe der Geschichtswissenschaft nicht gerecht. Zum Beziehungsreichtum von Denken und Handeln gehört auch das dialektische Wechselverhältnis von Vernunft und Gefühl. Ohne Haß und Liebe wird das krönende Werk des Historikers, die Geschichtsschreibung, blaß in Inhalt und Form.“ Das vorliegende Buch zeichnet sich in dieser Beziehung durch mehrere Vorteile aus. K. hat sich um eine lebendige, teilweise fesselnde Sprache bemüht. Er hat aussagekräftige Zitate sowohl aus Zeitdokumenten als auch aus historischen Darstellungen sowie Artikeln und Aufsätzen einfließen lassen. Mehrere Tabellen - der Wirtschaftshistoriker wird sich über sie freuen - geben Aufschluß über die ökonomische Entwicklung, Märchen und Sage lockern die Darstellung auf und veranschaulichen die wissenschaftliche Aussage. Das Lesen wird durch chronikartige Zusammenstellungen erleichtert. Der VI. hat es ferner verstanden, sich in das Denken des „einfachen Mannes“ hineinzuversetzen und ihm Ausdruck zu geben. Durch dieses Erfassen des „Alltagsbewußtseins“ hat das Buch ebenfalls an Verständlichkeit gewonnen. Alle diese Methoden blieben jedoch wenig wirkungsvoll, würde man nicht aus jeder Zeile spüren: Hier schreibt ein Mensch, der sein ganzes Leben für die Sache der Arbeiterklasse gekämpft hat und der mit tiefer Besorgnis um das Schicksal Westdeutschlands bangt.

Dr. Günter Katsch

1 Neues Deutschland, 20. 11. 1969  
2 Gustav W. Hennemann, Verträge Deutsch-landspolitik, Festschrift und Selbstauskunft, Frankfurt am Main 1964, Seite 128  
3 Ernst Engelberg, Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: ZfG, II, 9. 1968, Seite 1168

# Klassen und Staat im Sozialismus

A. K. Belych: Organisation, Politik und Macht. Neue Verlag, Berlin 1969, 288 S., Brosch., 50 Pf.  
Der Aufbau der neuen Gesellschaft geht von der Ausarbeitung und Verwirklichung der wissenschaftlichen Leitung der Gesellschaft erstrangige Bedeutung, um die von Sozialismus eigene, dem Kapitalismus verleiende Potenz voll zur Geltung zu bringen. Aus der Sicht der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und unter philosophisch-methodologischem Aspekt untersucht der Autor dieses Problem, und zwar vor allem den Zusammenhang zwischen Leitung, politischer Organisation der Gesellschaft und Politik. Dabei strukturiert er diese Probleme als Zentralprobleme der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus.  
Der Verfasser weist nach, daß die sozialistische Gesellschaft in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe politisch, d. h. Klassencharakter trägt. Er argumentiert, daß die sozialistischen Klassen schon gar keine Klassen im alten, im eigentlichen Sinne mehr sind, sondern neue Klassen, Klassen eigener Art. Es geht sich eine neue Klassenstruktur herausgebildet, neue Klassen sind entstanden - die sozialistische Arbeiterklasse, die sozialistische Klasse der Genossenschaftsbauern und die mit diesen Klassen verbundene Schicht der sozialistischen Intelligenz.  
Im Zusammenhang mit der Analyse des Klassencharakters der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft wendet sich Belych entschieden gegen solche Auffassungen, daß der Sowjetstaat in der charakteristischen Periode seinen Klassencharakter verloren habe. Ausgehend von der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Aufbau des Sozialismus und Kommunismus betont er, daß das Wesen des sozialistischen Staates - der politischen Organisation der Gesellschaft im Sozialismus - besteht in - in jeder ihrer Entwicklungsphasen in der führenden Rolle der Arbeiterklasse besteht.  
Diesen Nachweis verbindet Belych mit der Feststellung, daß der Klassencharakter des Staates des ganzen Volkes von neuer sozialistischer Art ist. Und erst die Klärung des sozialistischen Charakters der Klassen und der damit zusammenhängenden Begriffe - „Klassen der sozialistischen Gesellschaft“,

„sozialistische Klassen“, „Klassen schon nicht mehr im eigentlichen Sinne“, „Halbklassen“ als Synonyme - erlaubt es, „die Feststellung von Marx, Engels und Lenin, daß der sozialistische Staat als „Übergang vom Staat zum Nichtstaut“, als „schon kein Staat im eigentlichen Sinn mehr“ aufzufassen sei, in ihrer wahren Bedeutung zu begreifen.  
Im Vergleich zu den Ausbeuterstaaten ist der sozialistische Staat kein Staat im eigentlichen Sinne mehr. Im Vergleich zur künftigen kommunistischen Selbstverwaltung ist er ein Staat im eigentlichen (aber bereits im sozialistischen Sinne“ (S. 54).  
Der Autor stellt die These auf, daß politische Organisationen, Leitung und Machtausübung im wesentlichen identisch sind. Er bestimmt die politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft als ein System von Verhältnissen; es entsteht dadurch, daß das von der Arbeiterklasse geführte Volk die politische Macht zur Errichtung der neuen Gesellschaft anwendet. Das wichtigste Element der politischen Organisation ist die kommunistische Partei - die politische Führerin der Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Organisationen werden als wichtige Elemente der politischen Organisation charakterisiert. Auch die sozialistischen Klassen der Arbeiter und Bauern sowie die Intelligenz, ferner die sozialistischen Nationen, Arbeits- und Familienkollektive sowie die sozialistische Persönlichkeit und das Volk haben ein politisches Wesen bzw. insgesamt politische Seiten, Züge oder Aspekte. Deshalb sind sie unter diesem Aspekt - und die damit gegebenen politischen Verhältnisse - Bestandteile der politischen Organisation der Gesellschaft.  
Belych arbeitet dabei heraus, daß der sozialistische Staat im System der politischen Organisation eine hervorragende Rolle spielt. Als Zentrum der politischen Verhältnisse ist er zugleich ein wichtiges Subjekt dieser Verhältnisse. Der Verfasser betrachtet den Staat als die umfassendste politische Organisation der Werktätigen sowie als Hauptinstrument des von der Partei geführten Volkes zur Errichtung des Sozialismus und Kommunismus. Ohne die Rolle des Staatsapparates zu unterschätzen, wendet sich Belych gegen eine Gleichsetzung des sozialistischen Staates mit dem System der Staatsorgane. „Im Sozialismus ist nicht nur der Staatsapparat, sondern der

Staat im umfassenden Sinne Bestandteil der politischen Organisation der Gesellschaft. Als solcher stellt er vor allem ein System zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft und der Staatsmacht dar“ (S. 93).  
Belych erarbeitet, daß die Leitung der sozialistischen Gesellschaft nichts anderes ist als deren politische Organisation in Aktion. Die politische Organisation der Gesellschaft und das System der Leitung bilden eine Einheit, obwohl „Organisation“ und „Leitung“ nicht vollständig identisch sind. Im Sozialismus sind aber auch „Leitung“ und „Macht“ Begriffe gleicher Ordnung, Macht und Leitung tragen gemeinsame Wesenszüge und stellen eine Einheit dar, obwohl es zwischen ihnen auch Unterschiede gibt. Die Macht ist das wichtigste Strukturelement der politischen Organisation der Gesellschaft. Die Leitung wiederum deckt sich nicht mit der politischen Organisation; sie ist deren Funktionsweise.  
Auch ist die Leitung nicht die Macht schlechthin, sondern die Anwendung der Macht. Die Leitung ist das Wesen der Macht. Diese Position des Verfassers richtet sich eindeutig dagegen, die Probleme der Leitung von den Fragen der Machtausübung und der politischen Organisation zu trennen. Deshalb formuliert Belych zusammenfassend: „Die politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft (und analog ihre Politik, ihr Leitungssystem) ist ein System von Verhältnissen, das aus der Ausübung der politischen Macht durch das von der Partei geführte Volk erwächst (Arbeiterklasse, Genossenschaftsbauern, Intelligenz, Nationen, Arbeitskollektive und gesellschaftliche Organisationen). Diese Machtausübung erfolgt mittels des Staates und zielt unmittelbar auf die optimale Ausnutzung der objektiven Entwicklungsgesetze des Sozialismus und des kommunistischen Aufbaus ab“ (S. 100).  
Der Verfasser betrachtet seine Arbeit als einen Diskussionsbeitrag, der zum Weiterdenken anregen soll. Damit ist impliziert, daß bestimmte Fragen weiterer Diskussionen bedürfen. Das betrifft u. a. die gegenseitige Durchdringung der staatlichen und nichtstaatlichen politischen Organisationsformen bei der einheitlichen Leitung der sozialistischen Gesellschaft, die Entwicklung der sozialistischen Leitungswissenschaft, die Herausarbeitung der neuen Qualität der Leitung der sozialistischen Gesellschaft, die sich aus der Gestaltung der sozialistischen Verhältnisse in Einheit mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ergibt.  
Die hier besprochene Arbeit dient auch der wissenschaftlichen Führung in der DDR. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zur marxistisch-leninistischen Leitungswissenschaft, die auch der Staats- und Rechtswissenschaft sowie anderen Wissenschaften wertvolle Denkmotive vermittelt.  
Prof. Dr. Ingo Wagner

# Zum VII. Pädagogischen Kongreß

Heft 1/1970 der Wissenschaftlichen Zeitschrift „Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe“, von dem jetzt die Korrekturfahnen vorliegen, steht ganz im Zeichen des VII. Pädagogischen Kongresses. In der Einleitung schreibt Oberstudienrat Prof. Dr. G. Wutzler, Direktor der Sektion Pädagogik/Psychologie, daß sich die Wissenschaftler der Sektion darauf konzentrieren, „mit unmittelbarer praxiswirksamen und theoretisch-fundierten Leistungen zur allseitigen Verwirklichung der Bildungs- und Jugendpolitik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik maximal beizutragen“. Es heißt weiter, daß es darauf ankomme, auf allen Stufen des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems die neuen, zukunftsbestimmenden Qualitäten sozialistischer Persönlichkeiten herauszubilden. Das erfordert, den ideologischen Gehalt des neuen Lehrplanwerkes und der Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend voll zu erschließen.  
Die aufgenommenen Beiträge setzen sich aus den Referaten und Diskussionsbeiträgen des von der Forschungsgemeinschaft „Fähigkeitsentwicklung“ am 24. und 25. 9. 1969 veranstalteten Kolloquiums zusammen. So schreibt H. Faust über „Ziele der Entwicklung geistiger Fähigkeiten in der sozialistischen Schule“, H. Weck über „Fähig-

keitsentwicklung unter schulpolitischen Aspekt“, W. Müller über „Zu einigen Problemen der Entwicklung geistiger Fähigkeiten im Sozialismus (Thesen)“, W. Keiser über „Psychologische Grundprobleme der Entwicklung geistiger Fähigkeiten“, H. Wermes über „Ziel und Inhalt geistiger Fähigkeiten im Geschichtsunterricht“, W. Riehl über „Bestimmung des Schwierigkeitsgrades von Aufgaben - ein wichtiges Anliegen bei der Erarbeitung von Zielsystemen - dargestellt am Beispiel des Physikunterrichts“, W. Grossmann über „Zur Funktion und Struktur der geistigen Tätigkeit des Vernetzungsnetzes“, H. Hellmich über „Die gesellschaftliche Determination der russischsprachigen Unterhaltungsfähigkeit“, H. Wense über „Entwicklung geistiger Fähigkeiten im Unterricht unter dem Aspekt pädagogischer Führung und einige Fragen der modellhaften Darstellung der Prozedurgesetzmäßigkeiten“, L. Klingberg über „Fähigkeitsentwicklung aus der Sicht des Zusammenhanges von Didaktik und Heuristik“, H. G. Paul über „Zur zeitweiligen Differenzierung von Leistungsanforderungen bei der Festigung geistiger Tätigkeiten der Schüler im Unterricht des 6. Schuljahres“ und H. G. Mehlhorn über „Zur Befähigung der Schüler, revolutionäre Situationen im Geschichtsunterricht zu erfassen“. Ferner enthält das Heft Darlegungen von L. Fischer, B. Schrupf, A. Alexandrow und W. Hertzsch. H. A.

# Beiträge zur Industriesozioogie

Das in diesen Tagen erscheinende Heft 5/1969 der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, umfaßt vor allem Beiträge zur Industriesozioogie: „Entwicklungstendenzen im System der Triebkräfte für das Schöpferium der Werktätigen in der materiellen Produktion“ (R. Schulz), „Triebkräfte für die Entwicklung der Neuerungsbewegung im sozialistischen Industriebetrieb“ (A. Kahl), „Zum Verhältnis von konkreter Tätigkeit und Arbeitszufriedenheit in der wissenschaftlich-technischen Revolution“ (H. F. Wolf), „Aktuelle Probleme zur Rolle der berufstätigen Frauen im Prozeß der sozialistischen Rationalisierung“ (O. Eisenblätter und H. Esche), „Probleme und Ergebnisse einer Intervallstudie bei jungen Arbeitern“ (W. Gerth),

„Arbeitseinstellungen bei Lehrlingen und jungen Facharbeitern“ (B. Bertram), „Zum Leitbild der Frau in der bürgerlichen soziologischen Literatur“ (I. Wolf), „Verschiedene psychologische Lerntheorien unter dem Aspekt der Bedeutung von Aktivität und Motivation für den Lernerfolg“ (H. Löwe) und „Über den Zusammenhang von Kollektiventwicklung, Diszipliniveau und StrafWirksamkeit“ (K. Knauer).  
Zur Diskussion stehen: „Sozialistische Wachstumstheorie und Strukturpolitik-Konzeption eines neuen Lehrgebietes“ (E. Müller und R. Hahn) sowie „Überlegungen zur Theorie der (inneren) Funktion des sozialistischen Staates“ (I. Wagner).

UZ 670, Seite 5